

Bodenpersonal Lufthansa schafft nur Teileinigung bei Tarifverhandlung

BERLIN - Die Lufthansa hat es nur teilweise geschafft, sich vor der nächsten Sparrunde mit den Gewerkschaften auf neue Tarifverträge für rund 50.000 Beschäftigte zu einigen. Während die DGB- Gewerkschaft Verdi am Donnerstagabend das noch einmal beim Urlaubsgeld nachgebesserte Angebot der Luftfahrtgesellschaft angenommen hat, will die kleinere Spartengewerkschaft UFO geringere Aufstiegschancen für die rund 17.000 Stewards und Stewardessen nicht akzeptieren.

Man werde nun ein neues Forderungspaket schnüren und erst gegen Ende der Friedenspflicht Ende März wieder verhandeln, hieß es im Umfeld der Tarifkommission.

Ein UFO- Sprecher begründete die Ablehnung mit Forderungen der Lufthansa, die einem "Erpressungsversuch" gleichgekommen seien. Man werde für das Kabinenpersonal die vorgeschlagenen Verschlechterungen in der Gehaltsstruktur nicht akzeptieren und setze daher auf weitere Gespräche.

Die von Verdi vertretenen 28.000 Beschäftigten am Boden, in der Technik und bei Cargo erhalten rückwirkend zum 1. Januar 3,5 Prozent mehr Gehalt, bei einer Vertragslaufzeit von 13 Monaten. Außerdem sei der Zuschlag zum Urlaubsgeld um rund 5 Prozent auf 1075 Euro erhöht worden, teilte die Gewerkschaft mit. Diese zusätzliche Komponente habe die Tarifkommission veranlasst, dem Tarifergebnis doch noch zuzustimmen, teilte Verdi in Berlin mit.

Mit einer Einmalzahlung müssen sich hingegen die rund 5.000 Beschäftigten der Catering- Tochter Lufthansa Service Gesellschaft (LSG) begnügen. Hier wurde laut Verdi aufgrund der angespannten Situation des Geschäftsfeldes eine Beschäftigungssicherung und eine Einmalzahlung in Höhe von 250 Euro verhandelt, für Teilzeitkräfte mindestens 100 Euro.

Am Vortag hatte die Gewerkschaft noch von einem vorläufigen Scheitern der Verhandlungen gesprochen. Die Vereinbarung gilt für die Lufthansa- Beschäftigten am Boden, bei der IT- Tochter Lufthansa Systems, der Lufthansa Technik und Lufthansa Cargo. Sie erhalten 3,5 Prozent mehr Gehalt ab 1. Januar 2012 bei einer Laufzeit von 13 Monaten.

Das angekündigte Sparpaket von 1,5 Milliarden Euro sorgte auch bei der defizitären österreichischen Lufthansa- Tochter Austrian Airlines für Proteste. Mehr als 750 Mitarbeiter demonstrierten in Wien unter anderem gegen die Streichung einer automatischen Gehaltserhöhung. Nach Angaben der Nachrichtenagentur APA nahmen mehr als zwei Drittel des fliegenden Personals der Lufthansa- Tochter an einer Betriebsversammlung teil.

Der neue AUA- Vorstand Jaan Albrecht, der die Geschäfte seit November leitet, hatte Mitte Januar die Pläne für die Sanierung der defizitären Airline vorgestellt. Demnach ist zwar kein Personalabbau vorgesehen. Allerdings sollen die alten Kollektivverträge gekündigt werden. In den neuen Verträgen sollen unter anderem die bisherigen automatischen Lohnerhöhungen im Zweijahresrhythmus und die Inflationsanpassung wegfallen.